

Newsletter des GPR Schule BOW – März 2025 Nr. 2

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im heutigen Newsletter greifen wir zwei Themen auf, die ihren Ausgang in der Personalrätekonferenz im vergangenen November nahmen.

Zu nennen wären da zuerst die vielen **Fragen zum Themenfeld „Intensivklassen und Sprachförderung“**, die seinerzeit aufkamen. Unsere GPRS-Mitglieder Lisa Dams und Elke Fischer haben weitere Fragen gesammelt, zusammengeführt, geordnet und anschließend mit den Verantwortlichen im Schulamt besprochen und die Antworten verschriftlicht. Sie finden diese umfangreiche wie hilfreiche Zusammenstellung im Anhang.

Weitaus unerfreulicher ist allerdings, was es zu der damals verabschiedeten **Resolution** zu berichten gibt. Obwohl die Vorbemerkung der Resolution mehr als deutlich machte, dass wir es nicht nachvollziehen können und für undemokratisch halten, dass von allen Adressaten nicht mal mehr eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine inhaltliche Antwort zurückkommt (noch ein letztes Mal finden Sie den Text im Anhang), blieb es dabei, dass weder das Kultusministerium noch auch nur eine einzige der angeschriebenen im Landtag vertretenen Parteien sich zu irgendeiner Reaktion gemüßigt fühlte.

Zumindest dem HMKB wollten wir das nicht durchgehen lassen und ließen über den Hauptpersonalrat nachhaken, warum -nicht nur wir, sondern praktisch alle, die „von unten“ her etwas ans Ministerium schicken- nicht mal mehr eine Antwort erhalten.

Hierzu hat der HPRS dann eine schriftliche Ausführung erhalten, die Sie unbedingt zur Kenntnis nehmen sollten (s. Anhang).

Im Grunde gibt das Ministerium hier vor, zwar -angeblich- alles zu lesen, aber nicht zu antworten, weil sie (bei Eingaben einzelner Personen, Schulen, ÖPR, GPRS...) ja gar nicht das Gegenüber seien (sondern die "unteren" Ebenen) und man, wenn überhaupt, ausschließlich mit dem HPRS spräche. Außerdem seien die Eingaben ja ohnehin oft "gleichlautend" / gleichen Inhalts...

Demnach sollen sich die "unteren Ebenen" bei Problemlagen, die eindeutig von "ganz oben" verursacht werden (Klassengrößen, Pflichtstunden, Deputate, Zuweisungen etc.) bitteschön nicht den Verursacher belästigen, sondern sich an ihren „Gegenüber“ wenden, der dann auch nur mit den Schultern zucken kann, denn was soll ein Schulleiter, ein Schulamt an o.g. Dingen ändern können?

Das Ganze ist in Augen des GPRS eine Unverschämtheit und scheint uns bezeichnend für das derzeitige Demokratieverständnis der politischen Klasse. Auch der HPRS hat eine Stellungnahme hierzu geschrieben, die Sie ebenfalls im Anhang finden.

Auch dieses Verhalten führt dazu, dass der Lehrerberuf immer unattraktiver zu werden scheint, was die **offiziellen Zahlen der LiV-Einstellungen zum 01.11.2024** belegen, die wir Ihnen abschließend nicht vorenthalten wollen:

Aus dem mittlerweile vorliegenden Abschlussbericht geht hervor, dass die Zahl der Einstellungen trotz Ausweitung der Quereinstiegsmöglichkeiten zurückgeht (01.11.22: 1334 Einstellungen; 01.11.24: 1286 Einstellungen).

Die Zahlen differieren je nach Lehramt. Im Haupt- und Realschulbereich nehmen sie weiterhin ab, die zunehmenden Quereinstiege können dies nicht vollständig kompensieren (01.11.22: 266 Einstellungen, 3 Quereinstieg; 01.11.24: 210 E., 22 QE).

Auch im Förderschulbereich gehen die LiV-Zahlen signifikant zurück: 01.11.23: 154 Einstellungen; 01.11.2024: 118.

Die Anzahl der nicht geeigneten oder zurückziehenden Bewerber*innen nimmt deutlich zu (01.11.2023: 231 Personen; 01.11.24: 388 Personen).

Bei den neu eingeführten „Ein-Fach-Lehrkräften“ bleibt die Nachfrage offensichtlich hinter den Erwartungen zurück: Mit Stand Mitte Januar gibt es lediglich ca. 50 Personen, die für ein Eignungsüberprüfungsverfahren bei den Studienseminaren vorgesehen sind.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen,

für den GPR Schule BOW i.A.



- Tony C. Schwarz – Vorsitzender GPR Schule BOW